

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Februarhälfte 1200.— Mtl. Einzelverkaufspreis 100 Mtl.

Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigenabühr beträgt für die einfach gestaltete Petizelle oder deren Raum 250.— Mark, auswärtige 300.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mtl., für Reklamen 1000.— Mtl. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 45.

Donnerstag, 22. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Enttäuschung!

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.)

SPD. Dortmund, 21. Februar.

Einen Tag vor dem Einbruch der französisch-belgischen Truppen ins Ruhrgebiet bestrafte der französische Ministerpräsident einen maßgebenden Führer der französischen Gewerkschaften über die Wirkung der beabsichtigten Maßnahmen auf die Bevölkerung. Als der Gewerkschaftler antwortete, daß er von einem Rücksicht und der deutschen Arbeiterschaft völlig überzeugt sei, lachte Herr Poincaré höhnisch und äußerte: Ich habe bessere Informationen, die Bevölkerung wird sich mit der Besetzung abfinden! Anzwischen dürfte der französische Ministerpräsident eingesehen haben, daß seine „besseren Informationen“ falsch waren. Aber die Schlusfolgerung aus dieser Tatsache hat er bisher nicht gezogen. Er läßt sich über die Voraussetzung im Ruhrgebiet, über die Auswirkung seiner Maßnahmen und die Stimmung der Bevölkerung immer noch weiter von jenen Stellen unterrichten, denen er die „besseren Informationen“ verdankt und die ihm anscheinlich keinen Revolutionsarbeitskampf übereinstimmend mitgeteilt haben, daß innerhalb der deutschen Arbeiterschaft Sympathien für das neue Kabinett Poincaré bestehen. Wäre das nicht der Fall, würden die Pariser Unterkünften über den wahren Zustand im neuzeitlichen Gebiet objektiv unterrichten, dann würde man die Nutzlosigkeit der bisher angewandten Depressionsmittel sicherlich längst erkannt und die Hoffnung auf eine seelische Bemürbung zum mindesten zugunsten einer anderen Taktik aufgegeben haben. Das muß man zu Ehren der französischen Regierung annehmen, lehzt mehr feststeht, daß Poincaré als ausführendes Organ der Politik Mille-rands nicht mehr zurück kann.

Statt dessen wird die Absicht, durch technische Maßnahmen und Anordnungen eine psychologische Auswirkung zu erzielen, die auf den seelischen und körperlichen Zusammenbruch der Ruhrbevölkerung hinausläuft, fortgesetzt. Ein Erfolg dieser Politik ist nur für die deutsche Seite zu buchen. Es ist und bleibt Tatsache, daß die Wehrkraft heute weitgehender ist, als in den vorhergegangenen Wochen, und selbst der einzige Teil der Führung unserer Arbeiterschaft im belegten Gebiet — heute darf man es sagen —, der in der letzten Woche plauderte, zu einem gewissen Optimismus Anlaß zu haben, ist inzwischen genau der gegenwärtigen Auffassung geworden. Die Ereignisse in Gelsenkirchen haben hierzu ihr gut Teil beigetragen. Und was haben die Bedauerten der französischen und belgischen Regierung hier erreicht? Sie haben in fünf Tagen trock ihrer Gewalt nach den letzten Feststellungen ganze 36 Millionen an deutschem Gold von Wert, also noch nicht einmal den Aufwand an eigenen Kosten für das fast fünftägige Gewaltregiment, zusammengebracht. Die restlichen 64 Millionen, die sie sich widerrechtlich angesetzten haben, bestanden in städtischem Natoeld, dessen Umlauf bereits aufgezehrt war und dessen Wertlosigkeit die Stadtverwaltung Gelsenkirchen am Donnerstag durch Bekanntmachungen an den Plakatläufen und in den Zeitungen nochmals mitteilten lassen wird. Der Versuch, diese Niederlage durch den Diebstahl von zwei Schreibmaschinen aus städtischem Besitz und mehrerer Automobile auszugleichen, wird vor dem In- und Auslande mehr als erbärmlich wirken. So, Herr Poincaré, macht man unsere Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nicht müde! Der Befehl an die deutsche Behörde, in Zukunft jede schriftliche und mündliche Dienstaufweisung für die unterstellten Institutionen zu unterlassen, wirkt nur lächerlich. Das Verbot der Ausfahrt von Maschinen aus dem besetzten Gebiet ist durch den von den Eisenbahndirectionen an alle Kontrollstationen sofort eingerichteten Voltomotivwechsel zum Weitertransport der Züge wirkungslos gemacht.

Durch die allgemeine wirtschaftliche Lage wird die Arbeiterschaft in ihrer zuversichtlichen Auffassung über den Wehrkampf gestärkt. Es hat keinen Zweck, abzustreiten, daß die Arbeitslosigkeit im belegten Gebiet durch die Gewaltmaßnahmen der Besatzung zugemessen hat. Im allgemeinen aber ist die Wirtschaftslage noch nicht kritisch. Die Lebensmittelnotdüring ist auf direkten oder indirekten Nachrichtswegen vorläufig zu einem wesentlichen Teil sichergestellt, für eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen ist Sorge getragen, ebenso für die sonst durch die Besetzung Geschädigten. Rohmaterialien sind für mehrere Wochen genügend vorhanden! Soweit Stencländer Erze fehlen, werden sie nach eingeführt. Daß der Bestand an schwedischen Erzen augenblicklich groß ist, erwies sich daraus, daß die Drosselung der Zufuhr schwedischer Erze auf drei Wochen bestimmt wurde. Durch das allgemeine Ausfuhrverbot aus dem belegten Gebiet war natürlich die Möglichkeit großer Arbeitslosigkeit vorhanden. Dem soll in weitausgehendstem Maße entgegengewirkt werden. Die Fabriken und Hütten werden an jedem Tage mit Aufträgen von bestimmter Seite verliehen werden. Die Gemeinden haben umfangreiche Notstandsmassnahmen vorbereitet. Zu bedenken ist auch, daß in Kürze ein großer Teil der Arbeitslosen, ähnlich wie im vorigen Jahr, sich zum Landbau meldet. In der bald beginnenden milderen Jahreszeit ist die Möglichkeit der Fortsetzung der Siedlungsbauten, wie überhaupt zum Neubau gegeben, so daß auch hier ein Teil der Erwerbslosen untergebracht werden kann. Für den Betrieb ist trotz der überfluteten Hallen nicht mit Arbeitslosigkeit zu rechnen. Schön sieht werden in jenen Werken, die nicht mehr regelmäßig fördern können, einschließlich Ausbesserungsarbeiten vorgenommen, die uns in halbwegs normalen Zeiten sicherlich nur zustatten kommen könnten. Fachleute behaupten, daß durch die Ausbesserungsarbeiten und alles, was mit ihnen in Zusammenhang steht, in nächsten Wochen die Verstärkung der Besatzungen möglich sein wird.

Die vergangenen sechs Wochen zeigen jedenfalls, daß Frankreich und Belgien trotz mehrfach geändelter Taktik ihre Pläne nicht wirkungsvoll durchführen können und daß trotz ihrer Gewaltmaßnahmen die moralische Widerstandskraft unserer Arbeiterschaft fortbesteht. Die „Sicherung“ der geringen Menge nicht gelieferter Kohle ist ihnen nicht nur nicht gelungen, sondern sie kostete ungeheure Summen, die das französische Volk durch Apporten-Erfahrung der Steuern aufzubringen muß, und sie machen die deutschen Reparationsleistungen von Milliarden von Mark unmöglich. Außerdem hat die Besetzung Frankreichs und Belgien die Aktion ihrer Regierungen mit erhöhten Preisen für Lebensmittel zu zahlen und — fällt im ganzen Auslande leben sich die beiden Nationen die Sympathie verdorben. Dieser Selbstvernichtung zweier Völker kann ein Ende gelegt werden.

Einheitsfront?

Dr. L. Lübeck, 22. Februar.

„Die Arbeiter der Ruhr haben sich um Deutschlands Ansehen ein Verdient erworben, das niemals vergessen werden darf. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie es die Not geschaffen hat, muß die Tage der Not überdauern.“

In einem bürgerlichen Blatt waren diese Sätze zu lesen. Der Pariser Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ hat sie geschrieben.

Vor einigen Wochen gab, im ersten nationalistischen Brausebad, der deutsche Arbeitgeberverband an seine Mitglieder die Weisung, in den kommenden schweren Tagen den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer weitgehend entgegenzukommen.

Die Landwirtschaft hat durch ihre Vertretungen tausend Schwüre geleistet, in selbstloser Weise für die Volksnahrung Opfer bringen zu wollen; die Lieferung billiger Lebensmittel in großzügiger Weise durchzuführen.

Worte! Schöne Worte! Aber Taten? Der Einheitsrummel war eben ein Rummel — sonst nichts. Vom ersten Tage an haben wir dem Weiter nicht getraut. Vom ersten Tage an haben wir vor allzu großer Vertrauensseligkeit gewarnt. Hatten wir nicht recht? Wer bezahlt denn heute die Rechte für diese Einheitsfront?

Wenn ihr es nicht wisst, so fragt die Proletarierfrauen, die mit 30—40 Tausend Mark wöchentlich eine Familie ernähren sollen. Fragt die Arbeiter- oder gar Erwerbslosenkinder, deren Knochen infolge Unterernährung und Mangelns sich krümmen wie Papier im Feuer. Ein einig Volk von Brüdern!

Einheitsfront? Wegen einiger Groschen, die nicht zum Leben reichen und nicht zum Sterben, läßt es die Hochfondirection auf einen Streit ankommen. Ihr Entgegenkommen besteht darin, daß sie alle ihre Arbeiter entlädt — einfach auf die Strafe jetzt. Die gleichen Arbeiter, die gegen hungrige Knochen die Riesengewinne des Werkes ausgeschwitzt haben, Neuerwerbungen, Luxusbauten und 50 % Dividenden ermöglicht haben.

Oh, wir wissen! Es handelt sich nicht um die paar sumpfige Papiermark! Es handelt sich darum, den Arbeitern die Faust ins Genick zu drücken. Damit sie reif werden für die Einheitsfront, wie das Kapital sie seit je erträumt hat.

Jene kapitalistische Einheitsfront, die die Hochfondirection so werktätig ausübt. Indem sie ihre Arbeiter aus den armseligen zwei oder drei Zimmern der Werkwohnungen vertreiben und auf die Straße werfen möchte. Während die Direktoren selbst in 30-Zimmer-Wohnungen lustwandeln. Eine herrliche Einheitsfront! Und eine echt kapitalistische! Ein einig Volk von Brüdern!

Wir wollen heute nicht darauf eingehen, was der Arbeiter mit seinen paar traurigen Papierlappen sich und seinen Kindern kaufen kann. Der Bericht unseres Genossen Moses im Reichstag war ein Schandlied für das deutsche Volk. Ein Schandlied wie es seit dem Kindermord in Bethlehem keiner Nation gesungen wurde. Ein Viertel aller Großstadtkinder hat kein Hemd mehr auf dem Leibe; von den übrigen drei Vierteln hat mehr als die Hälfte nur ein zerstörtes und zerlumptes Baumwollstück — ohne die Möglichkeit zu wechseln.

Auch auf den andern Schlagsack der Gegenwart — die Steuermoral, sei nur kurz hingewiesen. Es genügt die Fest-

durch einen ehrlichen Willen zu Verhandlungen. Nur unter diesen Umständen gedient die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets den gerechten Kampf aufzugeben!

SPD. Dortmund, 21. Februar. (Sig. Draht.)

Der Kommandeur der Schutzpolizei in Dortmund und sein Adjutant wurden heute von den Franzosen verhaftet.

Auf dem Magdeburgmarkt in Dortmund bestimmten die Franzosen heute, daß Vieh in das unbesetzte Gebiet nicht mehr ausgeführt werden darf. 1500 Stück Vieh wurde zurückgehalten.

Der Kommandeur der französischen Truppen in Gelsenkirchen, die inzwischen abgerückt sind, erklärte demstellvertretenden Oberbürgermeister heute, daß die noch in Haft befindlichen sieben Schutzpolizisten nicht früher auf freien Fuß geketzt würden, als sich die sechs Beamten gemeldet haben, die an dem Angriff auf das Auto teilgenommen haben. Es handelt sich bekanntlich um die Verwundung eines französischen Offiziers in einem Auto in Gelsenkirchen, das vorschrifswidrig gefahren ist. Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen sowie der zweite Bürgermeister, die ebenfalls in Haft genommen waren, sind bisher nicht auf freien Fuß gesetzt worden.

Abzug der Franzosen aus Gelsenkirchen.

U. Gelsenkirchen, 21. Februar.

Heute zwischen 9 und 10 Uhr vormittags hat die französische Besatzung unter Zurücklassung der bereits vor der Strafsezung dageweisenen Besatzung Gelsenkirchen in der Richtung Buer-Recklinghausen wieder verlassen. An Stelle der nicht

stellung, daß die Kapitalertragssteuer nicht mehr die Hebe- kosten einbringt. Ein Menetekel für die Finanzämter und ein Wutschrei des ausgelogenen und ausgeplünderten Volkes gegen die bürgerlichen Reichstagsparteien, die den Mut nicht aufbringen, dieser elenden Lüderwirtschaft ein Ende zu machen! Auch ehrlichen bürgerlichen Politikern brennen die Röte der Scham auf der Stirn, aber gegen ihre Geldgeber kommen sie nicht auf. Das Messer des Hungers sitzt auch ihnen an der Kehle.

Die Arbeiter im Ruhrgebiet kämpfen gegen den französischen Militarismus. Zwischen Hunger und Elend weisen sie die französischen Lodungen hohlnähernd ab. Die Kapitalisten sitzen in ihren bequemen und reichen Herrenhäusern. Ihnen geht nichts ab! Wer kämpft also den schweren Kampf?

Aber tröstet euch, ihr Herren vom Kapital! Die Arbeiter kämpfen nicht für Euch. Wenn die Ruhrproletarier wie ein Mann aufgestanden sind, so wars nicht dem Kapital zuliebe. Sie wollen einfach nicht unter dem Blitzen der französischen Bajonette arbeiten; nicht unter der Fuchtel des Militarismus leben.

Gewiß, das französische Kapital würde die Ruhrarbeiter auch nicht unverschämter ausbeuten als das deutsche. Aber doch ist ein großer Unterschied. Der Gewinn des französischen Kapitals würde nach Paris fließen, nach Frankreich. Und die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft brauchen jeden Pfennig ihres Arbeitsertrages selbst, um zu leben, um nicht in der allgemeinen Verarmung unterzugehen.

Unsere Genossen im Ruhrgebiet kämpfen also ihren schweren Kampf gegen den Militarismus und für die deutsche Republik — nicht aber für den Profit der Jezzen- und Hüttenherren. Sie haben gleich zu Anfang das Gerede von der Einheitsfront zurückgewiesen. Nur deshalb stehen sie zur Zeit Schulter an Schulter mit den Unternehmern, weil beider Kampf dem gleichen Feinde gilt. Über der Beweggrund des Kampfes ist verschwiegen: Der Arbeiter kämpft für seine Freiheit und für seine Republik; der Unternehmer für seinen Profit und seine Macht.

Was wir von der Einheitsfront am ersten Tage schreien, das gilt heute noch. Trotzdem ist unser Abwehrwillen gegen Frankreichs Reitpeitschenherrschaft entschlossener als je. Denn wir kämpfen nicht für Geld oder Macht, sondern für die alten Ideale des Sozialismus: Für die Freiheit aller Völker; für die endliche Überwindung des Militarismus und des Imperialismus durch Vernunft und Arbeit.

Wir wissen, daß die Ruhrarbeiter gegenwärtig in einer Weltrevolution ohnegleichen stehen. Ihr Sieg wird sein, jeden Sieg und jede Niederlage zu verhindern. Sie werden den französischen Machthabern die Erkenntnis aufzwingen, daß die Zeit der Diktatur und des militärischen Zwanges vorbei ist; daß in der kommenden Epoche wirtschaftliche Notwendigkeiten und vernünftige Verständigung auf der Grundlage des Rechts die Beziehungen der Völker regeln werden.

Wer dieses Ziel kennt; wer den Imperialismus und den Machtwahn mit uns bekämpfen will; wer den Militarismus als die Pestgeisel der Vergangenheit und Gegenwart verabscheut; wer die Ausbeutung des einen Volkes durch das andere und des Menschen durch den Menschen verachtet; sie alle gehören in unsere Einheitsfront, in die wirkliche Einheitsfront zur Erhaltung und zum Ausbau der deutschen Republik. Sie alle sind uns willkommen!

erlegten Geldbuße von 100 Millionen Mark, haben die Franzosen alle requirierten Sachwerte mitnehmen heißen. Auf dem Hauptbahnhof Gelsenkirchen ist der Dienst bereits wieder aufgenommen. Post und Schutzpolizei nahmen heute mittag ihren Dienst wieder voll auf.

Neue französisch-belgische Maßnahmen geplant.

U. Paris, 22. Februar.

Am Quai d'Orsay wird folgender offizieller Bericht ausgegeben:

Der belgische Ministerpräsident Theunis hat gestern mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré sowie mit den Ministern der Finanzen, des Krieges, der öffentlichen Arbeiten und der betreuten Gebiete sowie mit dem Marschall Foch verhandelt. Die Verhandlungen bezogen sich auf alle Fragen der Ruhrbesetzung, die Fragen der Ausluhrbewilligungen, der Abgaben und Steuern, der Transporte, der Währung und auf neue Maßnahmen, die im Falle fortgesetzten deutschen Widerstandes zu ergreifen seien. Die beiden Regierungen befanden sich in allen Fragen in vollständigem Einklang miteinander.

Ein Regiment Schwarzer im Ruhrgebiet eingetroffen.

U. Essen, 22. Februar.

Das 107. französische Kolonialregiment ist im Ruhrgebiet eingetroffen. Es verteilt sich in der Stärke von je einem Bataillon auf die Städte Velbert, Kupferdreh und Werden-Ruhr. Das Regiment setzt sich zum größten Teil aus Schwarzen zusammen.

Dollar 23000.

Memeler Autonomie.

Souveränität Litauens. — Wirksamliche Gleichberechtigung Polens.

M e m e l , 20. Februar.
Nach dem nun vorliegenden Wortlaut des Beschlusses der
Botschaftskonferenz hat diese die Souveränität über das Memel-
gebiet Litauen unter folgenden Bedingungen übertragen:

gebiet Litauen unter folgenden Bedingungen übertragen:

1. Verzicht zugunsten Litauens auf alle Rechte und Ansprüche aus das Gebiet, wie sie in Artikel 99 des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 umschrieben sind.
2. Errichtung einer autonomen Regierung im Memelgebiet und einer Volksvertretung sowie weitere Einrichtungen, die die Anerkennung der beiden im Gebrauch befindlichen Sprachen, den Grundsatz der Gleichheit aller Einwohner, welches auch ihre Rasse, Sprache und Religion ist, und die gleiche Behandlung der Landesangehörigen und der Ausländer hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen Rechte und des Handels respektieren.
3. Organisation der Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See, auf dem Wasser- und Landwege in einer Weise, die den Interessen der litauischen und der polnischen Gegenden Rechnung trägt, deren natürlicher Mündungspunkt Memel ist, und Schaffung einer autonomen Verwaltung des Memelgebietes, die seiner Entwicklung angepaßt ist und die besonders durch die Errichtung einer Freizone und durch die Anwesenheit geeigneter Vertreter jede Gewähr bietet, daß die genannten interessierten Gegenden Litauens und Polens in diesem Hafen die für ihren Handel erforderlichen Einrichtungen finden werden.
4. Rückerstattung unter Garantie Litauens der von seinem Verwaltungsschef während der Besetzung vorgenommenen und noch nicht gedeckten Ausgaben durch das Memelgebiet.
5. Übertragung aller Güter und Besitzungen, die dem Deutschen Reich oder einem anderen deutschen Staat in dem genannten Gebiet gehören, wobei Litauen in seinem Namen oder namens des Gebietes die in den Artikeln 254, 256 des Versailler Vertrages vorgesehenen Kosten auf sich nehmen muß, an Litauen oder an das Memeler Gebiet.
6. Sobald die Souveränität des Memelgebietes unter den oben angeführten Bedingungen durch Litauen übernommen ist, soll in Paris durch die Boisschafterkonferenz mit Beihilfe der Vertreter Litauens und der interessierten Gebiete ein organisches Abkommen über das Memelgebiet mit Litauen gemäß der gegenwärtigen Entwicklung ausgearbeitet werden.

Sämtliche Kriegsschiffe der Alliierten haben im Laufe des Monats den Nekemeler Hafen verlassen.

Reichstag.

Im Rahmen der Haushaltssdebatte über das Reichsministerium des Innern legte der Reichstag am Mittwoch die Ausprache über das Reichsgeundheitsamt fort. Gegenüber Dr. Moses verlange ich mehr Aktivität bei der Reichsgeundheitsbehörde. Sie müsse aus ihrer Niedergang heraustragen und mehr Ausführung in das Volk tragen. Er bestätigte jerner die Reform des Freienwesens, die seit 25 Jahren verjüngt sei. Ferner siehe das Tu-berfahrtsgesetz und die Reform des Arbeitervertrags aus. Den Arbeitern seien noch militärfreifreie Vorrechte verliehen. Der Präsident des Reichsgeundheitsamtes Dr. Baum erwiderte, daß der Kommissar der Reichsgeundheitsgebung im Gesundheitsamt nicht gleich an dem Widerprufl der Vorder tratte. Bei dem Staatsrat über das Polizeiwesen kam es durch die Schluß des volkspolitischen Udg. Stettinshaus zu einer bestürzten Debatte. Brüninghaus forderte der Reichsregierung die Schluß daran zugeben. Nach die Reichsregierung — übrigens mit ganz knapper Mehrheit — befleissen haben, keine Verbindlichkeiten zu verpflichten. Der volkspolitische Redner ludte daraus ein Stück Polizeigesetz zu fordern. Er erklärte, die Reichsregierung Bergarbeiter führen vertrag und leise den Gewerken an der Ruht in den Häfen zu stellen. Galt zunächst nur unter ihm von sozialdemokratischer Seite, und später durch den Gewerken Weier-Zwischen eine entsprechende Verstärkung zu teil. Weier verwies darauf, daß die Reichsregierung mit dem erwähnten Schluß gut eingespielt sei, im Gegenteil ihr Wohlgefallen sei, daß die Reichsregierung Bergarbeiter Unterschriften verfügen würden. Ein Bergarbeiter habe über ein benötigtes Ansch. hoff über manche Schwierigkeit der Bergarbeiter zu beklagen. Wer weiß die Bergarbeiter im Steueranspruch erlebe, der sehe, daß es das Recht der Bergarbeiter vor allen es an Opferwilligkeit habe. Ein Rechtes Beispiel hätte denn der demokratische Udg. Dr. Baum als Zeugen auf, ein Werk, dem der Reichstag für sozialpolitische Kultur nachredet Paul Lüder. Als er sich dann zweig zufüllte, dankte Gewerke Weier-Zwischen unter anderem seinem Gewerken der Sinten aus, daß Dr. Baum bei den Unruhen in Berlin in den großen Haag gewesen sei, die Sozialdemokraten wollten ihn ermorden. Er habe deshalb kein Haus mehr freiwillig bewohnen lassen. Dr. Baum erwiderte Damm, diese politische Bezeichnung habe er nicht als Urtheil ersehen, sondern nur im Sinne vom sozialdemokratischen Parteiflügel gehandelt zu sein. Man weiß also auch in diesem Sinne der Demokratischen Partei nicht, daß ihnen die Sozialdemokratie kein Platz gäbe. — Die Haushaltserörterung des Hauses des Reiches wurde am Donnerstag wieder auf Zeit vertagt.

Geopolitik und Ausland.

Zwei Gründe zur befürchteten Seite auf die selbstbewusste Vergangenheit und auf die für immer mehr bedeckende jüdische Vergangenheit richten Judentum und Christentum nicht nur im einzelnen Seite an Seite, sondern auch die Seite mit dem jetzt schon begonnenen zusammenwirken. Das eine ist die Seite Widerstandes der Kirche der Reformation Christusgemeinde bei der Konföderation, das andere Seite jener beiden Denominationen, welche die Kirche in einem, die der katholische Kirche unter den Gedanken des Gottes und Christuswelt. Es entsteht ein Verhältnis der Konföderation christliche Kirche, wenn die Christusgemeinde gegenwärt der Stand nicht mit der großen Christen und christlichen Kirchen und mit bestreitenden Seiten konkurriert.

Grundideen lassen sich leichter auf die Sprache des Proletariats übertragen als auf die Sprache der Bourgeoisie. Aber es ist ebenso leicht, die Sprache des Proletariats auf die Bourgeoisie zu übertragen, wie umgekehrt. Das ist eine Tatsache, die wir nicht übersehen dürfen.

„Was jetzt zu es zu lassen ist“ war eine Befreiung und Freiheitserklärung. Die einen Flügel der Sinfonie beschleunigen geht es frei – geschieht die Sinfonie mit den Tiefdrücken und die im zweiten Flügel wiederum mit dem Flügeln des Abschlusses – also ist sie frei. Sinfonie aus dem großen Hinterlande der Regungen und ohne Formvollendung. Sinfonie ohne Endung erkenntlich. „Sinfonie aus dem großen Hinterlande.“ Der große Hinterland der Sinfonien steht unter allenfalls nicht wie vor ungeheurem
1921

*Seien Sie es bei dem Unternehmen in den nächsten drei
Wochen sehr gut mit mir, und ich werde Ihnen das
Empfehlungsschreiben schicken. Ich kann Ihnen*

bietender Kurzichtigkeit ist ihr einziges Bestreben immer wieder darauf gerichtet gewesen, Erleichterungen und immer wieder neue Erleichterungen auf steuerlichem Gebiete — natürlich nur für die großen Zahler — durchzusehen. Eine solche Politik muß in ihrer Konsequenz zum Zusammenbruch der augenblicklichen Stützungsaktion führen. Die Katastrophe würde ungeahnten Umsang annehmen. Es gilt für Deutschland wie für jeden anderen: „Arzt, hilf dir selber“. Auf Unterstützung des Auslandes kann Deutschland in seinem Kampfe gegen den französischen Imperialismus nur dann rechnen, wenn es im eigenen Hause Ordnung schafft. Macht man nicht einmal den Versuch dazu, dann kann man nicht erwarten, daß im Auslande die Neigung zur Unterstützung Deutschlands zunimmt.

— Wir verewigen zum Vergleich auf unseren vorgestrigen Leiterstafel. Und darauf, was einer unserer Redakteure in allen Referaten immer und immer wieder betont hat. Bisher wurde man für solche Stellungnahme stets als Defitist oder gar als Landesverräter verdächtigt. Und jetzt? — Jetzt suchen die andern den gleichen Ausweg. Reichlich spät allerdings!

Das Steuerunrecht soll weitergehen.

Die bürgerlichen Parteien verhindern jeden Ausgleich.

Der Steuerausschuss des Reichstages begann Mittwoch die zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes über die Bezeichnung der Geldentwertung in den Steuergesetzen. Der Unterausschuss hat eine Reihe von Anträgen unterbreitet, die Gegenstand der Verhandlung sind. Im Einverständnis mit der Reichsregierung soll nach den Anträgen des Unterausschusses die Kapitalertragssteuer zeitweise suspendiert werden, weil die Erhebungskosten in seinem Verhältnis zu dem Aufkommen aus dieser Steuer stehen. Als Ausgleich soll die Körperschaftssteuer von 15 auf 25 vom Hundert erhöht werden. Von sozialdemokratischer Seite wurden lebhafte Bedenken gegen die Suspendierung der Kapitalertragssteuer erhoben. Hier werde die Besteuerung an der Quelle beseitigt, was nicht gerade günstig wirken werde, erhielten politische Bedenken sprechen dagegen. Auch die Sozialdemokraten sind für eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung; sie jetzt nur teilweise durchzuführen, sei aber nicht angebracht. Sie müßten sich deshalb die endgültige Stellungnahme zu diesen Anträgen vorbehalten, bis sich die Tragweite derselben übersehen lasse. — Die Anträge des Unterausschusses wurden hierauf gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Bei den beantragten Änderungen zum Vermögenssteuergesetz wies der Redner der Sozialdemokraten darauf hin, daß es ungerecht sei, wenn die Bewertung der Vermögen weit zurückbleibe gegenüber dem tatsächlichen Vermögen. Die versuchte Auseinanderziehung des Tarifs im Verhältnis zu den Bewertungsgrundlagen lasse alles beim Alten. Die Sozialdemokraten forderten die Verlage in der jetzigen Fassung unter keinen Umständen annehmen und würden auch im Plenum mit aller Stärke gegen diese Steuerpolitik vorgehen. Ebenso sei die Haftung der Sozialdemokraten abhängig von der Aufhebung des Bankgeheimnisses und der Einführung des Depotzwanges. Diese Erklärung veranlaßte den Vdg. Helfferich, die Fortsetzung der Beratung über den Tarif bis zur Beratung der Bewertungsgrundlässe zu beantragen. Diesem Antrage trat der Zuspruch bei. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein Antrag der Demokraten abgelehnt, die sog. Schachtelgesellschaften von der Vermögenssteuer zu befreien, ebenso ein Antrag der Deutschnationalen, Zuwendungen für gemeinnützige und mildtätige Zwecke, die jetzt mit 5 v. H. auf Vermögenssteuer herangezogen werden, vollständig steuerfrei zu lassen.

Angenommen wurde schließlich ein Antrag über die steuerliche Entlastung der freien Berufe bei der Einkommensteuer. Nach diesem Antrage wird dem § 13 ein Absatz 4 eingefügt, der besagt: zur Abgeltung der nach Abs. 1 Nr. 3, 5 und 5a des E. St. G. zufließenden Abzüge dürfen Angehörige freier Berufe (§ 9 Nr. 2) bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 zwanzig vom Hundert des neuverfreien Einkommens, höchstens aber 80 000 Mf. vom Gesamtbetrag der Einkünfte in Abzug bringen.

Die Goldeneleihe.

Die wertbeständige Anleihe, die von der Sozialdemokratie jetzt einem halben Jahr unausgelebt gefordert worden ist, die Grundlage für eine dauernde Stützung der Wirtschaft zu schaffen, kommt nun endlich voran. Haber den Zinsfuß verlautet, daß er etwa 6 Proc. betragen soll. Schon jetzt ist es wahrscheinlich, daß Banken und Industrie den größten Teil dieser Anleihe aufnehmen werden. Noch bedenklich ist es, daß die Einnahmen aus Derissen geleistet werden sollen. Dadurch ist dem kleinen Sparer die wertbeständige Anleihe verschlossen oder er ist auf die Vermögenswerte von Spezialisten und Banken angewiesen, wenn diese, so es beschäftigt zu sein scheint, Goldfunden einrichten. Es muß unbedingt eingelebt werden, daß die wertbeständige Anleihe auch für das breite Publikum zugänglich wird. Die Pläne zur Einzahlung in Derissen birgt in sich die große Gefahr, daß nur diejenigen, die im Besitz der Derissen-Handelsbescheinigung sind, oder auf Umwegen durch Private unter allen Umständen zu solchen Rechten kommen, um sich dieses wertbeständige Anleihepapier zu sichern. Soll das verhindert werden, so ist eine Verteilung des Tiefenmarktes und des Marktes für auslandliche Wertpapiere dringend geboten. So lebt wir die Aufgabe einer wertbeständigen Anleihe betrüben, weil sie in der Tat eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung der Wahlung ist, so sehr müßt wir bedauern, daß man sich erst so spät entschließen hat. Als noch Sozialdemokraten in der Regierung waren, reichten wir Zeiten und Reichsbank gemeinsam, dieses Konzept in Gang zu setzen. Erst jetzt, nachdem die Not an die Reichsregierung aufs höchste gestiegen ist, befürchtet man einen Krieg, der kein Krieg ist offen und der, wenn er rechtzeitig beschlossen wäre, vielleicht eine gewisse außenpolitische Differenz gezeigt hätte. jedenfalls wäre es vollkommen rechtfertigt, wenn die bürgerlichen Politiker das Verbot der Währungsabflüsse für sich in Anspruch nähmen. Die Sozialdemokratie hat sich längst eine destruktive offene Wirtschaftspolitik etabliert und in Daniels ein dem Widerstand bestimmter Kreise gekämpft, die jetzt die Regierung maßgebend beeinflussen. Es ist der Verdienst wichtig den Weg geöffnet zu haben, der jetzt vorgeht wird.

Um die Wolltüt der Steigbont.

SPD. Es kann nicht anders als die Maßnahmen der Reichsbank gegen den Notenbankenwillen sind im Wirtschaftspolitischen Zuständig des Reichswirtschaftsrates eine Zustimmung über die Einräumung der Reichsbanknoten Recht. Nach einberufenen Besitzungen des Vertreters der Reichsbank sollen Kreide nicht zu Volkswirtschaftlichen Maßnahmen dienen, z. B. zur Dertilenpefulation oder zur Aufrechterhaltung Wirtschaftsordnung, dienen. Dafür sind durch Verträge mit der Reichsbank festzulegen die Rechte auf das notwendige Mittel nicht werden. In der Erörterung wurde von

er mit 12 Proz. gegenüber einem Zinssatz zwischen 50 und 90 Proz. bei Privatbanken einen Vorteil für unberechtigte Kreditgesuche und eine bequeme Gewinnspanne für die Banken bilde. Auch die Bildung einer Devisenzentrale würde gefordert, wodurch nicht nur die Spekulation unmöglich gemacht, sondern auch die Möglichkeit geboten würde, die Einfuhranträge nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu prüfen. Die Vertreter der Arbeitgeber traten für eine starke Förderung der Ausfuhr zur Schaffung von Goldeinnahmen ein. Der Kreditbedarf der Wirtschaft für eine allgemeine Rohstoffversorgung müsse unbedingt befriedigt werden. Gleich den Arbeitgebervertretern widersprach auch ein Vertreter der Gemeinden einer Erhöhung des Reichsbankdiskonts, weil das die Finanzlage und die Lebensmittelversorgung der Gemeinden gefährde.

Sie kommunistische Riesenparade.

In Halle, im kommunistischen Palais, herrschte am letzten Sonntag große Aufregung; die letzten Vorbereitungen wurden getroffen, um den Scharen der Bergarbeiter aus ganz Mitteldeutschland einen feierlichen Empfang zu bereiten. Galt es doch Rats zu pflegen, wie man seinen schlimmsten Gegner, den Bergarbeiterverband, zur Strecke bringen könne. Um die herbeigeströmten Kumpels unterzubringen, war der große Saal bereitgestellt. Erst lange nach der festgesetzten Tagungszeit eröffnete der Vorsitzende die mit großen Hoffnungen und noch viel größerem Lärm einberufene „Parteibezirkskonferenz“ der kommunistischen Bergarbeiter Mitteldeutschlands. Auf dieser Tagung müssen große und furchterliche Beschlüsse gefasst sein, denn der „Klassenkampf“ hält sich ganz im Gegensatz zu seiner bisherigen Gewohnheit in tiefes Schweigen über den „prächtigen Verlauf und den glänzenden Sieg über die Amsterdamer“. Er hat aber auch alle Veranlassung zum Schweigen; denn er hätte sonst berichten müssen, daß von 152 000 Bergarbeitern Mitteldeutschlands ganze 20 Delegierte zur Belegschaftsabgabe der Moskauer Usurpatoren herbeigeströmt waren. Und unter diesen 20 Gläubigen befanden sich ebendrein noch 5 Hochposten von denen, die Manns genug sind, ohne die Vormundschaft der Moskauer ihre Angelegenheiten zu regeln. Und das muß der KPD. in ihrer Hochburg passieren!

In welchem Gegensatz das Geschrei des „Klassenkampfes“ zur Wahrheit steht, erfährt man am besten aus einem Schreiben der KPD., Abteilung Gewerkschaften, Gruppe Bergbau, vom 27. Januar 1923. Dort heißt es u. a. hinsichtlich der bevorstehenden Betriebsrätewahlen im Bergbau wörtlich: „Eigene kommunistische Listen können nicht in Frage kommen, da unsere Kraft nicht ausreicht, um eventuellen Ausschlüssen aus dem Bergarbeiterverband den notwendigen Widerstand entgegenzuhalten zu können. Und in einem weiteren Absatz: „In all den Fällen, wo es uns auf Grund unserer Schwäche nicht möglich ist, unsere Kandidaten an aussichtstreicher Stelle auf die Liste des Bergarbeiterverbandes zu bringen, müssen unsere Genossen für die von der Union aufgestellten Kandidaten stimmen.“ Das teilt die KPD. ihren Funktionären vertraulich mit. In ihrer Presse und in ihren Versammlungen aber behauptet sie wider besseres Wissen 5 Minuten vor der wirtschaftlichen und politischen Machtergreifung zu stehen. Sie behauptet weiter bei jeder Gelegenheit, die beste Stütze der Gewerkschaften zu sein, und hier treibt sie ihre Anhänger zur Union.

Unser neuer Mordplan.

SPD. Weimar, 21. Febr. (Eig. Drahtber.)
Sprechung der Interpellation über die Zwischen-
bahnhof Gera anlässlich der Durchreise und der
Teilnehmern am nationalsozialistischen Parteitag
alte der thüringische Innenminister im Landtag
zum von deutschöltischer Seite ein Mordanschlag
scheinbar in Gera geplant gewesen sei. Der An-
schlag, wie wir dazu erfahren, gegen einen Oberwacht-
Regierungsmitglied. Ein deutschöltischer Seiler-
Hermann lieferte den Armeerevolver mit 8 Ge-
ausdrücklichen Zweck, den Oberwachtmeister Schäf-
ler. Um welches Regierungsmitglied es sich bei dem
anschlag handelt, ist wohl nicht genau festgestellt.
Namen der Genossen Drechsler und Knauff. Als
in diesen Fall der Gärner Haushild gedungen,
erwähnten Armeerevolver stand zur Ausführung
noch eine Flasche Schwefelsäure zur Verfügung,
um jedoch rechtzeitig zur Kenntnis der Behörden
sicherweise bereitstehen zu werden.

Wenn eine Verfassung zu freiheitlich ist . . .

München, 21. Febr. (Eig. Drahtber.)
Die schwarzblaue Regierungskoalition im bayrischen Landtag verfügt nicht systematisch, die bayrische Verfassung auszuhöhlen. Erst dieser Tage wurde durch einen im Verfassungsausschuss eingebrachten Antrag verlangt, den Paragraphen 92 der bayrischen Verfassung dahin abzuändern, daß zu verfassungsändernden Beschlüssen nicht mehr die Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages notwendig sei r muß, sondern die Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder und die Zustimmung von zwei Dritteln aus dieser Zahl zur Verfassungsänderung genüge. Auf diesem Wege sollte die bayrische Reaktion zu dem von ihr feindselig herbeigewünschten Staatspräsidenten zu kommen. Das war vorige Woche. Diese Woche bringt einen neuen Versuch, die Verfassung zu durchlöchern. Nach § 52, der in den frühen Tagen der Bamberger Regierung auf Vorschlag der Bayerischen Volkspartei selbst in die Verfassung eingearbeitet wurde, muß zum Schutze der Minoritäten der Landtagssitzung auf Vortrag von einem Fünftel seiner Mitglieder einen Ausschuß zur Untersuchung von Tatsachen bilden. Jetzt hat die Sozialdemokratische Fraktion die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses für Niederschönfeld beantragt. Heute ist den schwarzen Drahtziehern diese Notbestimmung in der bayrischen Verfassung ein Dorn im Auge und deshalb präsentierte die Bayerische Mittelpartei einen alten von ihr am 10. November 1920 im Landtag eingebrachten Antrag, der an Stelle des „muß“ in „soll“ steht. Damit soll bezweckt werden, die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zu verhindern. Die Bayerische Volkspartei legte sich gewaltig ins Zeug, die von ihr damals selbst eingeregte Verfassungsbestimmung des § 52 hatte den Zweck, in Fällen von Korruption rasch zugreifen zu können und zu diesem Zweck den Untersuchungsausschuß sofort in Bewegung zu setzen. Die schwarze Clique fürchtet augenscheinlich die Konsequenzen dieser Verfassungsbestimmung. Anders ist dieser bodenbeinige Widerstand nicht zu deuten. Mit ihren 15 Stämmen gegen 12 der Sozialdemokraten, Demokraten, Borenbündler und Kommunisten stimmte die Fraktion für den mittelparteilichen Antrag. So im Ausschuß im Plenum ist für die Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die nach der heutigen Konstellation des Landtages nicht zu erwarten ist.

Das Existenzminimum in der ersten Februarhälfte 1923.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Februarhälfte fast doppelt so hoch wie in der zweiten Januarhälfte, etwa 2½ mal so hoch wie in der ersten Januarhälfte, reichlich 3 mal so hoch wie in der ersten Dezemberhälfte, reichlich 6 mal so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, reichlich 13 mal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, etwa 120 mal so hoch wie im Februar 1922, etwa 260 mal so hoch wie im Februar 1921 und etwa 320 mal so hoch wie im Februar 1920.

Nationiertes Brot und Kartoffeln kosteten 1400 mal soviel wie vor neun Jahren, Butter 1700 mal soviel, Milch 2400 mal soviel, Hasenfleisch 3000 mal soviel, Graupen 4000 mal soviel, Bohnen 4100 mal soviel, Eier 4700 mal soviel, Reis 5100 mal soviel, Rübenmehl und Margarine 5700 mal soviel, Brot im freien Handel und Speck 6800 mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar mit zwei Kindern
Ernährung	14198	28725
Wohnung	300	300
Heizung und Beleuchtung	5679	5679
Bekleidung	10667	17778
Sonstiges	9869	15194
1. Februarhälfte 1923	40713	62676
2. Januarhälfte 1923	22320	33671
1. Januarhälfte 1923	15540	23096
2. Dezemberhälfte 1922	12885	19381
1. Dezemberhälfte 1922	12093	18411
2. Novemberhälfte 1922	9490	14622
1. Novemberhälfte 1922	6484	10660
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631
Februar 1922	305	468
Februar 1921	149	225
Februar 1920	129	180
Aug. 1918 / Juli 1914	16,75	22,30
		28,00

Auf den Arbeitsstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Februarhälfte 1923 für einen alleinstehenden Mann 6785 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 10 446 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6–10 Jahren 13 612 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 2 123 850 Mk., für das kinderlose Ehepaar 3 269 600 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 4 260 500 Mk.

Vom letzten Vorriegsjahr bis zur ersten Februarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 40 713 Mk., d. h. auf das 2430-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 62 676 Mark, d. h. auf das 2810-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,00 auf 81 671 Mk., d. h. auf das 2835-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Februarhälfte etwa 1,25 Pf. wert.

Die Lebensmittelversorgung der Städte.

Wenn die von der Reichsbank augenblicklich unternommene Stützungsaktion der Mark irgendwelchen Sinn und dauernden Erfolg haben soll, dann muss sie unbedingt begleitet werden von umfassenden und wirklich radikal eingreifenden Maßnahmen nicht nur auf steuerlichem und finanziell-politischem Gebiet. Was noi tut ist auch eine energische Operation zur Senkung der Preise der für die Bevölkerung unbedingt notwendigen Lebensmittel. Wenn die von der Reichsbank augenblicklich unternommene Stützungsaktion der Mark irgendwelchen Sinn und dauernden Erfolg haben soll, dann muss sie unbedingt begleitet werden von umfassenden und wirklich radikal eingreifenden Maßnahmen nicht nur auf steuerlichem und finanziell-politischem Gebiet. Was noi tut ist auch eine energische Operation zur Senkung der Preise der für die Bevölkerung unbedingt notwendigen Lebensmittel. Die Lebensmittelpreise machen in den letzten Tagen wenig Miene, sich der Abwärtsbewegung des Dollars anzupassen, im Gegenteil, die wichtigen Lebensmittel klettern in ihren Preisen ununterbrochen weiter. Die sehr gut gemeinten Vorschriften und Verordnungen über die Wucherbekämpfung sind meistens nicht viel mehr als schöne Gesten. Der Schuhmann ist zudem selbst dann, wenn er mit Energie eingesetzt wird, auf die Dauer ein ungeeignetes Mittel zur Regulierung wirtschaftlicher Vorgänge. Helfen könnte nur die wirtschaftliche Selbsthilfe der Gemeinden, wenn sie mit Unterstützung des Reichs in großem Stil erfolgte. Die Städte haben von der Möglichkeit, durch finanzielle und wirtschaftliche Druck, durch kaufmännisch richtige Beeinflussung des Marktes preisregulierend zu wirken, bisher nur einen ganz geringen Gebrauch gemacht.

Bezeichnend dafür sind die Zustände in Berlin. Monate lang hat es in Berlin gedauert, ehe es gelang, den zuständigen Magistratsdezernenten in einem bescheidenen Anlauf von Lebensmitteln zugunsten Minderwertiger zu bewegen. Inzwischen war wertvolle Zeit verloren. Und trotzdem bedeutet der bescheidene Einlauf Berlins eine wesentliche und wertvolle Unterstützung minderwertiger Schichten der Bevölkerung, der Kleinrentner, Kriegsbeschädigten usw. Es muss mit allem Nachdruck auf die Beseitigung aller bürokratischen und personellen Hemmnisse hingearbeitet werden. Der Kredit, den das Reich den Städten für solche Operationen bisher in nur bescheidenem Umfang zur Verfügung gestellt hat, muss, wenn irgend möglich, erhöht werden. Eine Stadt wie Berlin verfügt auch über den kaufmännischen Apparat zur wirtschaftlich richtigen Bewältigung einer solchen Aufgabe.

Die Milchversorgung der Bevölkerung leidet ungeheuer unter dem ins Unerträgliche gestiegenen Preis. Es bleibt zu hoffen, dass auf der einen Seite die Landwirtschaft sich zu dem seit langem in Aussicht gestellten Notopfer für die ausgemergelte Bevölkerung nun endlich entschließt, nachdem die Organe der Landwirtschaft bei der Preisgestaltung des Umlagegetriebe eine durchaus anerkennenswerte Haltung eingenommen haben. Auf der anderen Seite werden auch die Städte alle Anstrengungen zu treffen haben, um ihre kaufmännischen Organisationen so auszubauen, dass sie wirklich wirtschaftlich leistungsfähig werden. Wir haben auf die Notwendigkeit solcher Reorganisation mehrmals im Zusammenhang mit den Berliner Fragen hingewiesen. Es ist jetzt keine Zeit mehr zu verlieren und es darf nicht mehr bei den schönen Ankündigungen verbleiben, mit denen

man uns im Hektik vertröstet hat. Die Städte haben sich im Wirtschaftsleben gerade heute ungemein wichtige Funktionen zu versehen und müssen lernen, sich dieser Aufgaben gewachsen zu zeigen.

"Versetche" Archivöffnung.

Eine Antwort, die einem Schuldenentlastungsgleich.

Der Pariser "Populaire" drückt die Antwe Poincares auf ein Schreiben des Vorsitzenden der französischen Comité für Menschenrechte, Abg. Ferdinand Buisson, ab, der ihn um die Veröffentlichung der diplomatischen Archive über die Vorgeschichte des Krieges ersucht. Die Antwort lautet:

"Die Regierung ist der Auffassung, dass es verfrüht wäre, alle Dokumente des Auswärtigen Amtes zu veröffentlichen, die sich auf die Entstehung des Krieges beziehen."

Sie erinnert hierbei daran, dass im Laufe der Staatsberatung des Auswärtigen Amtes gewisse Mitglieder der Kammer sowohl in den Ausschusse wie auch in den Plenarsitzungen darauf hingewiesen haben, dass es nicht unbedenklich wäre, die Veröffentlichung der diplomatischen Archive über die Vorgeschichte des Krieges ersucht. Die Antwort lautet:

"Deutschland, Österreich und Österreich haben ihre Archive restlos geöffnet und veröffentlicht, Herr Poincare drückt sich aber wohlweislich — davon, das gleiche zu tun und erklärt gar die offizielle Veröffentlichung über den Krieg von 1870/71 für verfrüht und bedenklich. Wie bedenklich müsste für ihn erst eine Archivöffnung sein, die sich auf die Jahre 1912–1914 beziehen würde!"

3. Die Wirtschaft.

Berliner Wirtschaft.

In welch hohem Grade in der Wirtschaft Verluste eintreten, die Vergedung an Zeit, Arbeitsträger, Material und Kapital bedeuten, wird erst erkennbar, wenn einmal systematische Untersuchungen darüber angestrebt werden. In den Vereinigten Staaten hat man das getan. Der Präsident des Bundes amerikanischer Ingenieurvereine, Hoover, hatte 1919 ein Ingenieurkomitee, einen Ausschuss zur Beseitigung von Verlusten in der Industrie, der in fünf Monaten einen sehr interessanten Bericht vorgelegt hat, eingesehen. Der Bericht ist als Buch erschienen in englischer Sprache unter dem Titel "Warte in Industry".

In der "Betriebsrätezeitung" Nr. 2 findet sich ein ausführlicher Bericht über diese wichtige amerikanische Untersuchung, dem wir folgend entnehmen. Um sich einen Maßstab zum Messen und Vergleichen schaffen, hat man einen Betrieb, der alle möglichen Unwirtschaftlichkeiten besitzt, gleich 100 gesetzt und folgende Industrien untersucht: Herrenberberley, Baumwollindustrie, Druckerei, Schuhindustrie, Metallindustrie, Textilindustrie.

Es wurde dann untersucht, wieviel Prozent der festgestellten Verluste auf Verschulden der Geschäftsführung, der Arbeitnehmer und äußerer Umstände zurückzuführen sind. Das Ergebnis war, dass für mehr als 50 Prozent des Verlustes die Verantwortung den Geschäftsführungen zufiel, weniger als 25 Prozent den Arbeitnehmern, während der Einfluss äußerer Umstände auf die Entstehung von Verlusten sehr gering war.

Die Ursachen der Verluste waren sehr verschieden: 1. Folge zu niedriger Produktion, verursacht durch falsche Geschäftsführung. 2. Folge unterschrogener Produktion. 3. Folge eingeschränkter Produktion, absichtlich herbeigeführt durch die Geschäftsführung oder die Arbeiter. 4. Folge verlorener Produktion durch Unfälle, vorperliche Mängel der Arbeiter usw.

In Amerika spielen die Verluste durch starke Wechsel der Arbeiter eine erhebliche Rolle. Auszeichnungen darüber, warum die Arbeiter die Arbeit aufzugeben scheinen, fehlten. 1920 betrug der Arbeitswechsel in der Metallindustrie durchschnittlich 160 Proz., die höchste sogar 300 Prozent. Die Verluste durch die Einarbeitung neuer Arbeiter sind sehr bedeutsam.

1917/18 war infolge der Kriegsbeschaffung die niedrigste Arbeitslosigkeit mit mehr als 1 Million Arbeitslosen. Für den Lohnarbeiter über 40 Jahre ist die Erlangung von Arbeit sehr schwierig. Die Bekleidungsarbeiter sind etwa 31 Prozent des Jahres beschäftigungslos, die Schuhmacher 35 Prozent, die Bauarbeiter finden nur 190 Tage im Jahre Arbeit, die Bergleute waren jährlich 98 Tage außer Arbeit.

Die Verluste durch Streiks und Ausperrungen sind tatsächlich sehr viel geringer als allgemein angenommen wird. Die meisten Streiks sind in den Saisongewerben. Meistens werden aber die Verluste bei Streiks durch erhöhte Produktion wieder ausgeglichen. So zeigte das Streitjahr 1912, in dem 47 Prozent der Arbeiter

streikten, eine höhere Kohlenförderung als das Jahr zuvor, das fast streiklos war.

Der Leerlauf in den Betrieben wird oft durch ungesunde Produktionspolitik verursacht, vor allem durch verlustbringende Vergroßerungen. Die Schuhindustrie mit einer Leistungsfähigkeit von 1½ Millionen Paar Schuhe täglich produziert in Wirklichkeit nur die Hälfte.

Für unzureichende Arbeitsleistungen ist in hohem Maße das Fehlen von Anlernmöglichkeiten verantwortlich. Aber auch manelndes Interesse, Fehlen des Berufsstolzes spielen eine erhebliche Rolle.

Die Verluste, die auf Konto der Geschäftsführung, d. h. fehlerhafte Betriebspolitik, mangelhafte Verteilung der Arbeit, falscher Materialkauf, mangelhafte Selbstkostenberechnung, falsche Materialbearbeitung usw. zurückzuführen sind, werden eingehend untersucht.

Aus dieser Untersuchung ist ersichtlich, dass im Lande Tausende noch sehr viel zu tun ist, um die Betriebe rationell arbeiten zu lassen. Auch in Deutschland wäre eine solche Untersuchung sehr nötig, um zu zeigen, dass der Leistungsfaktor unserer Wirtschaft weniger durch Verschulden der Arbeiter gefeuert ist als durch Verluste durch Neuerungen in der Gesamtwirtschaft. Das gegenüber dem schwächeren Amerika so arme Deutschland hat alle Voraussetzungen für eine solche Untersuchung, um die Arbeitskraft und Kapital verwendet wird. Die Ergebnisse würden bald manche vorgesetzte Meinung ändern.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

21. Februar. 20. Februar.

Amsterdam	1 fl.	9077,25	9102,18
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1236,92	1236,90
Kristiania	1 Kr.	4214,48	4314,18
Kopenhagen	1 Kr.	4418,98	4438,87
Stockholm	1 Kr.	6059,81	6184,50
Helsingfors	1 finn. Mk.	818,46	828,42
Rom	1 Lire	1107,22	1122,18
London	1 £	107790,—	107979,37
New York	1 Doll.	23942,50	23191,87
Paris	1 Frs.	1406,47	1406,47
Zürich	1 Frs.	4321,15	4361,06
Madrid	1 Pesetas	3615,98	3640,87
Wien	100 Kr.	32,41	33,41
Prag	1 Kr.	683,28	695,25
Budapest	1 Kr.	7,98	8,57

„Der gelehrte Cornelius? Nein, aber ich heiße Cornelius.“ „Daten sind Sie es, mein Herr, an den unter Auftrag lautet, aber lassen Sie mich nicht in Ihrem Souper hören, Herr Cornelius. Wenn Sie erlauben, werden wir sogar unser einfaches Abendbrot an Ihnen trinken und einnehmen.“

Ein Bedienter brachte aus dem Wagen kalte Fleischspeisen und eine beträchtliche Zahl gefüllter Flaschen; die Untermänner legten sich zu Cornelius an den Tisch.

„Ich weiß nicht“, sagte Cornelius zu seinem Onkel Benjamin (denn dieser war es), „ob ich Sie schon gekannt oder von Ihnen geträumt habe, aber Ihr Gesicht ist mir nicht unbekannt.“

„Sie werden mich um Königlichen Hofe gefeiert haben, wenn Sie dorthin kommen,“ verjeigte mein Onkel.

„Bei Hofe nicht, denn da komme ich nicht hin, aber im Postwagen zwischen Augsburg und Memmingen. Sie hatten einen roten Koffer an und machten jedes Mal, dass wir mit den ganzen Weg über nicht aus dem Lachen kamen.“

„Dann, mein Herr, scheint es, dass Sie das Opfer einer tückischen Rehdlichkeit geworden sind, denn ich bin der Premierminister Seiner Majestät, Herr von Choiseul. Der hohe Offizier zu Ihrer Linken ist der Marshall von Sachsen und dieser andere Herr der Kanzler von Frankreich.“ (Der Kanzler von Frankreich war Macdonald.)

„Mir ist so,“ sagte Cornelius, „als ob Moritz von Sachsen schon vor längerer Zeit gestorben wäre.“

„Ich weiß, dass Zeitungen im Solde Englands dieses falsche Gericht verbreitet haben, um dadurch unsere Armee zu entmobiligen, aber Gott, der Frankreich beschützt, wie Sie sicher schon auf den Sechzehntausend gelesen haben werden, wird dem König noch lange diesen würdigen und treuen Diener erhalten.“

„Ich wünsche es, mein Herr,“ sagte Cornelius, „und freue mich zu sehen, dass der Marshall ist und trifft wie ein Mensch, der nicht so bald ans Sterben geht.“

„Was Sie soeben bemerkten, Herr Cornelius, zeigt, dass die Wohlthaten, mit denen der König, mein Gehierter, Sie befreit, nicht besser organisiert werden können und ich werde es ihm mitteilen.“

„Gefüllten, Exzellenz, von was für Wohlthaten ist die Rede? Ich habe vom Könige niemals etwas anderes erhalten als Steuererleichterung.“

„Wenn Sie mich bis zum Ende anhören wollen, Herr Cornelius, so werden Sie sehen, dass Sie dem König mehr Dank schuldig sind als Sie glauben. Seine Majestät hat erfahren, dass Sie einen Ballon konstruierten und das Mittel erfunden haben, ihm gegen die Luftströmungen zu lenken.“

„Auf welchem Wege hat Seine Majestät davon erfahren? Ich habe nur mit Luisen und ihrem Vater darüber gesprochen.“ Fortsetzung folgt.

„Keineswegs,“ unterbrach ihn Luisa, „ich habe nicht acht auf den Anfang gegeben.“

„Dann werde ich sie bestrafen, wenn Mutter Simone zurückkehrt.“

„Ja,“ sagte sie, „inzwischen kannst du dich in Worten üben.“

Als Mutter Simone an ihrer Kuh vorüberging, gab sie ihr eine Handvoll Grunes, das Blanchette ihr aus der Hand fraß wie ein wohlgezogenes Tier, und fügte sie auf das Maul.

Dixin das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER,
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Amtlicher Teil

Infolge außergewöhnlicher Zunahme der Grundbuchgeschäfte wird das Grundbuchamt vom 24. Februar 1923 ab bis auf weiteres

nur noch am Mittwoch
und Sonnabend

von 9—1 Uhr geöffnet sein. (18278)

Das Amtsgericht, Abt. III u. IV.

Höchstpreis f. Markenbrot

ab 24. Februar 1923.

Koagengroßbrot 1900 Gr. 750.— Mit
Brot 1950 Gr. 850.— Mit
Lübeck, den 22. Februar 1923. (18277)

Das Landesversorgungsamt.

Herrliche Zeitung. Die Scherlau Anna Caroline Mathilde Lange geb. Denzen in Neu-Wilzen, vertrat durch die Rechtsanwälte Dr. Dr. Götz, Mühl, Schröder, Hinsch, morgen in Lübeck, gegen ihren Ehemann den Arbeiter Friedrich Wilhelm Carl Lange, jetzt in Lübeck, liegt uns bekannte Aufschluss mit dem Antrage, die Kinder der Partei zu freien und den Beilagen für den jüdigen Zeit-

In letzter Zeit werden sich die Aufführungen, soz. Wasserleitungssäulen in den Häusern schlecht unterhalten werden. Nach § 13 und 16 der Wasserleitungssäulenordnung in den Haushalten die Unterhaltung der Säulen ist Pflicht geworden. Die Haushalter werden auf diese Unterhaltungsdienste und auf die Folgen der Unterlassung der Abteilung von Wängel hiermit besonders hingewiesen. (18276)

Die Strichbeschörde.

Richtamtslicher Teil

Berliner Verband

Erste Klasse

Am Montag um 10 Uhr

Der Geschäftsführer

Wolfgang Schäfer.

Gut kommt, keine

Zeitung.

Bestimmen Sie sich

noch nicht. Sie hat

noch nicht bestellt.

Wir sind Ihnen sehr

zu danken.

<p

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 22. Februar.

Die Herrschaft der vielen Nullen.

Die Null ist ein Zahlzeichen, das, auf sich selbst gestellt, gänzlich bedeutungslos ist, aber wenn es sich an die Ziffern einer wirklichen Gültigen Zahl heftet, erst Wert gewinnt und diesen desto mehr steigert, je mehr sich ihresgleichen aneinanderreihen. In den Jahren der Nachkriegszeit ist die Macht der Null riesig geworden, sie steht im engsten Zusammenhang mit der Entmündigung des deutschen Elends. Je länger die Nullenreihen werden, um so näher kommen wir dem Abgrund. Man gewöhnt sich wunderbar schnell an den Anblick der vielen nebeneinanderstehenden Nullen.

Heutlich lesen wir in der Zeitung, daß das deutsche Reichsgehalt die Höhe von anderthalb Billionen Mark erreicht hat. In Zahlen wird eine Billion so geschrieben: 1 000 000 000 000. Nur wenige wissen, was sich hinter dieser Eins mit den zwölf Nullen verbirgt. Um dieses zu veranschaulichen, führt Friedrich Wendel im "Vorwärts" verschiedene praktische Exempel an.

Wollte jemand sich das Vergnügen machen, die Zahlen von 1 bis 1 000 000 000 000 auf einzelnen Zetteln auszuschreiben, wobei wir ihm einen durchschnittlichen Schreibzeitraum von zwei Stunden pro Ziffer zubilligen wollen, so brauchte er 2 Billionen Stunden oder 333 Milliarden und 533 Millionen Minuten oder 33 Milliarden und 533 Millionen Stunden oder 6 341 958 Jahre — ein Zeitraum, der, wenn die Abtragung der deutschen Schulden überhaupt für möglich gehalten wird, vielleicht ausreicht für ein liches Unterfangen. Allerdings, das Ausstreichen der Zettel würde auf Schwierigkeiten stoßen, der Mann würde Riesenwälde verschleiern müssen.

Eine Zigarette wiegt 1 Gramm. Eine Billion Zigaretten wiegt 1 Million Tonnen. Die Post von 1 Million Tonnen entspricht der Ladefähigkeit von 100 000 Güterwagen oder 2500 Normal-Güterwagen (den Zug zu 40 Wagen gerechnet). Diese Zigaretten sind 600 Meter lang würden, wollte man sie ohne Zwischenraum aneinanderkuppeln, eine Strecke von 1500 Kilometern einkommen, was einer Zuglänge Berlin—Paris und zurück entsprechen würde. Ein Reiterraucher, der sein Lotter auf 50 Zigaretten pro Tag steigern wollte, würde an einer Billion Zigaretten 54 794 246 Jahre zu rauchen haben.

Das anschaulichste Bild von einer Billion aber friest man, wenn man sich ans Nachstiegende hält und annimmt, daß der Geduldsfaden eine Billion Meter lang ist. Den könnten ihr dann 2500 mal um den Äquator legen!

Achtung, Betriebsräte!

Der Wahlvorstand für die Neuwahl der Betriebsräte ist bis zum 23. Februar zu wählen. Nur noch wenige Tage Frist sind also gegeben. Betriebsräte, lasst diese Zeit nicht nutzlos verstreichen!

Die Betriebsrätezentrale.

Gewerkschaftsvorträge und Betriebsräte.

In einer gemeinsamen Versammlung der Gewerkschaftsvorstände des ADGB, AfA, IDB, der Betriebsräte, Betriebsräte und Delegierten sprach hier Dr. Raueder-Berlin über "Das Betriebsräteideal des Arbeiters in der heutigen Wirtschaft". Der Redner schilderte in seinen einleitenden Ausführungen die Wirtschafts- und Produktionslage Deutschlands, wie sie sich durch den Vertrag von Versailles unter dem Tasse zeigt. Die Loslösung wichtiger Gebiete der Reparation, die Zerrüttung unserer Währungsverhältnisse und andere Ereignungen haben einen Rückgang der Produktion verursacht, an dessen Stelle von Rechts wegen eine Mehrproduktion sein müßte, denn die Kosten des verlorenen Krieges seien nur durch Mehrproduktion zu tragen. Es ist nicht richtig, so sagte der Redner, daß die arbeitsintensive Arbeitszeit den Rückgang der Produktion verursachte. Die technisch-organisatorischen Mängel der deutschen Industrie tragen an dem Rückgang die größte Schuld. Dr. Raueder auf die Ruhebesetzung und deren Folgen für die deutsche Wirtschaft und Arbeitnehmerkraft zu sprechen und sagte, die Absicht Frankreichs sei, Deutschlands Wirtschaft zu erwidern. Die Auswirkungen der Besetzung werden sich für die deutschen Ar-

beitnehmer in Arbeitslosigkeit und Hunger bemerkbar machen. Das geschieht immer schneller, da sich die Ernährungslage der deutschen Arbeitnehmer in Folge der Blödade während des Krieges in einem sehr schlechten Zustande befindet. Der Hunger fordert, eine Krankheit, die man sonst nur den Namen nach kennt, und die nur bei Völkern niedrigster Kulturstufe vorzufinden ist, habe seinen Ursprung in Deutschland gehabt. Wer kann uns helfen, so fragte der Redner. In erster Linie Linie müsse die Stabilisierung der Mark vorgenommen werden. Das auf diesem Gebiete bisher von den gesetzgebenden Körperschaften geleistete müsse weiter ausgebaut werden. Ferner sei unbedingt notwendig, die deutsche Handelsbilanz zu optimieren, d. h. mehr Waren ausführen als einführen. Um eine Steigerung der Ausfuhr herbeizuführen, sei aber notwendig, die Produktion zu steigern. Dies geschieht nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, sondern in erster Linie durch eine größere Intensivierung der Arbeit. Wir lehnen in Deutschland mit Recht die Einführung des Tariortsystems ab, weil mit darin die Herabmildigung des Menschen zum Mechanismus erscheinen, weil aber auch die Gesundheit der Arbeitnehmer darunter leidet würde. Was wir aber auch als Arbeitnehmer nicht abschaffen dürfen, ist, die physischen und psychologischen Voraussetzungen der Tätigkeit für einen Beruf einer ganz genauen Prüfung zu unterziehen. Wir dürfen uns auch als Arbeitnehmer der Forderung unserer Zeit nach einer höheren Produktion nicht verstellen. Diese Mehrleistung ist in einem großen Umfang zu erwarten, wenn wir mehr als bisher versuchen, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu bringen. Die Bereitschaft als Produktionsfaktor muß von uns in Zukunft mehr gewünscht werden.

Wie ist nun das Berufsideal des Arbeiters?

Der Mensch will dieser Wunsch dieses Gefühl ist immer festzustellen, das Konze des Produktionsprozesses kennen lernen. Er will wissen, welche Verwendung seine Tätigkeit findet. Hier, so fand der Redner, steht nun die Arbeit der Betriebsräte ein. Ihre Aufgabe muß es sein, den Betriebsmechanismus kennen zu lernen und ihren Kollegen die Zusammenhänge des Betriebes mit der Weltwirtschaft und darüber hinaus der Weltwirtschaft beizubringen. Wer Mitarbeiterantworten für den Produktionsprozess trägt und tragen will, hat die Pflicht, zunächst das kennen zu lernen, wofür er die Verantwortung übernehmen soll. Erst dann, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann er von wirklicher Mithilfe in manning reden. Es ist nicht Aufgabe der Betriebsräte, sich zu erschöpfen in der Regelung der Sozial- und Arbeitsbedingungen, sondern sie haben größere und höhere Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben, die das Betriebsrätefesetz den Betriebsräten stellt, kennen zu lernen und sie zu lösen, wird nur dann möglich sein, wenn der Betriebsrat sich von Betriebsegoismus freihält und beißt das Werk der Gentrifizität vor Augen hat. Das Berufsideal des Arbeiters ist abhängig von der Erkenntnis der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens. Je schneller die Arbeiter die vorhandenen Mittel befreien, umso eher sind sie in der Lage, ihr Glück auf den veränderten und sich immer verändernden Verhältnissen anzupassen. — Den interessanten Ausführungen des Referenten wurde reicher Beifall zuteil. Eine kurze häfliche Auskunft und ein kurzes Schlüsselwort des Referenten schlußt diesen Punkt der Tagesordnung.

Beischlossen wurde dann noch von der Versammlung, auch in diesem Jahre die Wahlen der Betriebsräte am 23. März einheitlich im Wirtschaftsgebiet Lübeck vorzunehmen. A. D.

Kinderfeierungen.

Die Frei Konst an alle Türen. Mancher läßt es sich äußerlich kaum anmerken, wie miserabel es ihm und den Seinen geht. Nicht viel ist aber das Standard der unerhörte grausamen Zeit auf die Stufen gedrückt. Mühsam, verzweigt schleppen sie sich dahin, suchten Trost von einem auf den andern Trop. Und doch bringt der Wechsel des Mondes keine Besserung. Am eufälligsten zeigt sich die Vereindung bei den Kindern. Blah, notdürftig bekleidet, eilen sie zur Schule, vergessen sie im unschuldigen Straßenpiel, daß ihnen alles mangelt, was der Jugend Freude bringt. Selbst die unzureichende Nahrung, das feindlich wirkende Hungergefühl wird vergessen. Es meldet sich aber doch. Und recht schlimm ist es, wenn zu jeder Stunde die Sabung und Störung der kleinen Körper ausbliebt. Bitter wird sich in späteren Jahren diese Not rächen. So gut es ging, wurde das größte Elend zu lindern versucht. Städtische und andere Mittel werden aufgewendet, um die völlige Verkümmерung des Nach-

Der Seuchengöttin Durga, einem Scheusal mit einer Halskette aus Totenkoppen und lang heraushängenden Zunge, werden immer noch heimliche Menschenopfer gebracht trotz des äußersten Strenges, mit der die englische Regierung um die Ausrottung des schächerhaften Brauches bemüht ist. In der Gegend, wo sich jene Unrat zutrug, stand ein Großgrundbesitzer in dem unheimlichen Haue, vor Jahren für die Genesung eines Angehörigen von der Pest Menschenopfer für die Durga gelobt zu haben. Wer aber einmal ein solches Opfer gebracht hat, muß es alle sieben Jahre wiederholen, sonst verzäßt er selber der Göttin. Es ist nun feineswegs gefordert, daß er selber keine Opfer schlachtet; es genügt, wenn er nur das wie immer beschaffte Blut eines Menschen darbringt. Ein Reicher wie jener Gutsherr dingt um Geld einen Mörder, der das gräßliche Geschäft für ihn vollbringt. Es ist dies so brauchlich, daß jene gewerbsmäßigen Mörder einen eigenen Namen haben, Orfa. Der Orfa beschleicht sein Opfer gern im Schlafe, durchschneidet ihm mit haarscharfem Dolch den Hals und saugt sein Blut auf. Der arbeitende Hindu hat einen so tiefen Söhle, daß so ein Unglückslicher garnicht mehr zu Bewußtsein kommt. Begegnet es doch häufig, daß Menschen nachts von giftigen Schlangen gebissen werden, ohne selbst durch den wütenden Schmerz der Giftwunde zu sich zu kommen, und am Morgen tot daliegen.

Der Antraggeber überzeugt sich von der Euthanasie des überbrachten Blutes dadurch, daß der Orfa ihm die losgelösten Finger- und Zehennägel des Geopfereten vorweisen muß. Am Festen der Nägel und an dem charakteristischen Halschnitt unterscheidet man die Geopfereten von einfach Ermordeten. Weiß freilich mich sich der Orfa aus Furcht vor den Schördern beeilen, die Leiche bei Leiterzuschaffen, wie es auch in dem erzählten Falle geschah. Nur die bestummungslose Hoffnung des dunklen Werkes erklärt es, daß der Ungläubliche seinen Sohn nicht einmal beim Bergabholen der Leiche erkannt hatte.

Von den Hindu haben auch die Ureinwohner Indiens, die Irauna, diese Menschenopfer gelernt, nur daß sie sie nicht der Durga, die ihnen fremd ist, sondern ihren alten Feldgeistern darbringen. Sie gießen das Blut in einen besondern Topf, werfen eine Kupie hinein und vergraben ihn in dem Felde, dessen Fruchtbarkeit bewirkt werden soll, oder sonst an einem Ort, von dem sie bösen Zauber fernhalten wollen. Diese Schrecklichkeit ist gewöhnlich, daß in gewissen Gegenden zu gewissen Zeiten niemand allein über Land geht.

Niemand findet etwas Besonderes an dem Blutgreuel. Die Menschen gewöhnen sich an alles. Jener tragische Fall aber, wo die Göttin so läßt, die Heiligkeit des Gottes zu seinem

wuchles aufzuhalten. Wir wissen, daß alles viel zu wenig ist, aber auch hier heißt es wie überall, sich nach der Dede strecken.

Das Jugendamt hat die Kinderfeierung jetzt großzügiger aufgenommen. Durch rechtzeitigen Einkauf von Lebensmitteln wird auch in Zukunft die Kinderfeierung ein Auskost von nicht zu unterschätzender Art sein. In dem alten Nonnenhaus Schloß ist die große Küche eingerichtet, in der täglich für Schulkindern in den verschiedensten Bezirken gekocht wird. Über die diesjährige Winterspeisungsperiode, die am 4. November 1922 begann, wurden uns folgende Angaben gemacht: Während bisher die Lebensmittel vom Niedersächsischen Ausschuß für die Kinderfeierung zu leichtem Suppen zubereitet in den Vormittagsstunden während der Frühstückspause gegeben wurden, werden diese vom Beginn der diesjährigen Speisung mit Lebensmitteln, die auf Kosten des Lübeckischen Staates gestiftet worden sind, zusammengezogen und als Mittagessen zubereitet den Kinder verabfolgt.

Grundsätzlich dürfen nur solche Kinder an der Speisung teilnehmen, die vom Schulamt im Beisein der Verbrauenspersonen der einzelnen Schulen ausgesucht und entweder aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen als bedürftig befunden werden sind. Die Auswahl der Kleinkinder geschieht durch die Kinderärzte des Jugendamtes in den Beratungsstunden der Fürsorgeärzte.

In der Speisung nahmen teil vom 4. 11. bis 22. 12. 1922 täglich 1000 Kinder (737 Schulkindern und 263 Kleinkinder). Von 4. bis 14. 1. 1923 wurden täglich 1384 Kinder gezeigt. Am 15. 1. 1923 nehmen an der Speisung teil 1540 Kinder (1250 Schulkindern, 290 Kleinkinder). Von den 1250 Schulkindern besuchen 768 die Volksschule, 284 die Mittelschule und 201 Kinder die höheren Schulen. Die zahlungsfähigen Eltern der Kinder zahlen für jede Portion einen Beitrag, der zur Deckung der Unterkosten verwandt wird. Der Beitrag beträgt 2. 31. 60.— M. für jede Portion. Die Eltern von 480 Kindern zahlen 2. 31. keinen Beitrag.

Bei einer im Dezember vorgenommenen Untersuchung der Kinder durch die Schulärzte wurden 3348 Kinder = 18.4 Prozent als unterernährt bezeichnet. Durch das stete Anhämmeln der Preise für die Lebensmittel in den letzten Wochen und durch die Zunahme der Erwerbslosigkeit ist zu befürchten, daß die Unterernährung der Kinder an Umfang zugenommen hat.

Zurzeit können auf Antrag Kinder Erwerbsloser unentbehrlich an der Mittagsfeier teilnehmen, sobald der Vater oder falls die Mutter Witwe, die nachweist, daß sie seit mindestens 6 Tagen erwerbslos sind. Die Kinder können vorläufig ohne ärztliche Untersuchung des Mittagessens erhalten; sie sind jedoch bei der näheren Anwesenheit des Schulärztes dem Arzt vorzu stellen. Die Teilnahme dieser Kinder an der Speisung besteht nur für die Dauer der Erwerbslosigkeit der Eltern. Die Schulvertreter sind erlaubt, sich die Erwerbslosenfälle allmählich vorzeigen zu lassen. An zwei Tagen sind von den Schulen 152 Kinder Erwerbsloser gemeldet. (Heute 160.)

Das Ausführen der Mittagsfeierung in die einzelnen Schulen haben darunter vornehmlich die Sicherheitspolizei, die Reichswehr und die Standschutz-Louerfert unentbehrlich übernommen.

Der größte Teil der Lebensmittel wird von dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe zur Verfügung gestellt. Lübeck hat für die diesjährige Speisung bisher 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Durch die Ausdehnung der Speisung auf die Kinder-Erwerbslose wird eine Nachförderung unumgänglich sein.

723 Schulkindern erhalten zurzeit täglich ½ Liter Vollmilch, davon 400 Kinder auf Kosten der Lübecker Notgemeinschaft.

Natürliche volle Formen

und jugendfrisches Aussehen sind der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Adler-Kerne zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von auslößender Wirkung enthalten. Daraus nehmen Sie 3mal täglich 2—4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10. (1927)

Palestina und die Juden. Sichibisbericht in der Gemeinschaftsgruppe. In der zionistischen Ortsgruppe Lübeck sprach am Dienstag Dipl.-Agr. Hubert Uhagen über die zionistische Bewegung im allgemeinen und über seine in Palästina gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse im besonderen. Palestina, das bis vor kurzem unter türkischer Herrschaft stand, wird zum größten Teil von arabischen Bauern und Nomaden bewohnt, die hauptsächlich Viehzucht treiben und das fruchtbare Land nur me-

Schänder gerächt hatten, brachte doch die ganze Landschaft in Aufruhr. Die Erzählerin kam kurz nachher auf einer Dienstreise durch die Gegend und erfuhr die Geschichte durch ihre eingedenkten Sämtenträger. (Graf. Sig.)

Mehr Produktion!

Die Industriestadt.

Mitternacht!

Das Kasino der "Industriehäuser".

Ein goldener lauter Saal.

Wein, Blumen, Nachte Gräbenküche.

Im Ed.

Ein runder brauner Tisch im violetten Ed.

Gespräche der acht Schlossbarone:

"Ubrigens — die Besetzung des Ruhtemers. — das kostbare gar nicht anders kommen —"

"Ja, wir produzieren zu wenig!"

"Unter zehn Stunden Arbeit kommt Deutschland nicht mehr hoch!"

"Ober! Noch acht klischen Seit!"

* * *

Draußen.

Ein glühendes Meusel-Auto.

Seit vier Stunden läuft auf und ab vor dem Auto: Der Chauffeur!

Bier-Stunden-Warten!

Bier-Stunden-leises Brummen des Motors!

Bier-Stunden-fenerbühlen der Scheinwerfer!

Mehr Produktion!! Mehr Produktion!!

* * *

Sturm hin durch die Nacht.

Bohlenzittern.

Februar!

Der Mond: Orange-gelb — Dunkel — Weißliche — Rot — Vorengelb —

Wie sie liegen: Die Wolken! Die Wolken!

Und soeben ein heller heller Stern:

Durch die Nacht hin glüht ewige Wahrheit!!!

Max Dörr.

